

Protokoll zur Sitzung der verbandsübergreifenden AG WRRL-Fachfragen

am 14.10.09 von 18:30 bis 20:30 Uhr im NABU-Seminarraum

Teilnehmer: KB, HB, AK, ES, KW, FZ (eine komplette Teilnehmer- und Kontaktliste wird bei Bedarf nach Rücksprache intern in der AG verbreitet) sowie Herr Ramers (HR) und Herr Meier (WM) von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Protokoll: Eike Schilling (ES) Tel: 040/697089-13, Schilling@NABU-Hamburg.de

TOP 0: Begrüßung, Fragen, Ergänzung der Tagesordnung

ES begrüßt Herrn Meier und Herrn Ramers als Gäste der VAGWRRL zum zweiten gemeinsamen Gespräch. Kurze Vorstellungsrunde derer, die sich noch nicht kannten.

TOP 1 Rückblick auf die erste gemeinsame Sitzung BSU/VAGWRRL am 14.04.2009

ES wirft einen Blick zurück auf die Themen, die bei der ersten gemeinsamen Sitzung am 14.04.2009 besprochen wurden und fasst zusammen, was sich seitdem getan hat. Anstelle eines Rückblicks ergibt sich jedoch eine Diskussion zu den einzelnen Themen, weshalb ES direkt zu TOP 2 übergeht.

TOP 2 Bewirtschaftungsplan

➤ Grundsätzliche Fragestellungen/Probleme - Anmerkungen der Behördenvertreter:

- es herrscht flächendeckend Kapazitäten-/Ressourcenmangel in der Verwaltung - „Mangelverwaltung“
KB bestätigt dieses Problem für Altona, wo der Ausfall der Hauptverantwortlichen für den Gewässerschutz dazu führt, dass Aufträge nicht vergeben und Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Außerdem haben die einzelnen Abteilungen bei den Bezirksämtern so viel Arbeit, dass sie sich nicht mehr ausreichend untereinander abstimmen können. Das führt dazu, dass der Eine nicht weiß, was der Andere tut.
- die Planungs- und Gutachterbüros, die sich mit der WRRL beschäftigen, sind ausgelastet; gleichzeitig nehmen sie aber neue Aufträge an - es kommt daher zu deutlichen Verzögerungen bei der Abarbeitung von Aufträgen
- die Wirtschaftskrise zeigt Auswirkungen: für 2010 sind Einsparungen vorgesehen; wenn 2009 die für den WRRL-Titel vorgesehenen 3 Millionen Euro nicht ausgegeben werden, besteht die Gefahr, dass die z.Zt. bewilligten 3 Millionen Euro für 2010 entsprechend gekürzt werden; auf Grund von nicht vorhergesehenen Schwierigkeiten und dem hohen Verwaltungsaufwand und damit verbundenen notwendigen Vorlauf bei Planungen besteht die reale 'Gefahr', dass das Budget 2009 nicht ausgeschöpft wird

=> ES weist darauf hin, dass es Aufgabe und Ziel der BSU sein muss klarzustellen, dass größere Planungen ein Jahr Vorlauf brauchen und dementsprechend die Kosten vor allem im nächsten Jahr anfallen werden => die 3 Millionen Euro werden für 2010 dringend benötigt;

- HB: naturschutzfachliche Belange werden in der Abwägung geringer bewertet als der Denkmalschutz - warum ist dies so? WM: Es gibt eine Denkmalschutzliste für Hamburg - die dort aufgeführten Denkmäler sollen erhalten bleiben und haben quasi Bestandsschutz => hohe Priorität in der Abwägung
KW erwidert: WRRL ist EG-Recht und muss einen hohen Stellenwert haben; HR: man kann nur mit dem deutschen Wasserrecht argumentieren und damit haben sie in der Abwägung häufig nur einen geringen Erfolg
- ES fragt nach ob vor dem 22.12.2009 Einsicht in den BWP genommen werden kann.
=> HR: Zusätzlich zur Online-Rückmeldung der FGG Elbe wird die Abteilung Gewässerschutz Mitte Dezember eine Rückmeldung zu den Stellungnahmen verschicken.

➤ Beteiligung der Öffentlichkeit

ES betont die Bedeutung einer Beteiligung der Öffentlichkeit sowohl was die rechtlichen Vorgaben der EU angeht als auch was die Akzeptanz und damit die Effizienz von Planung und Umsetzung der Maßnahmen angeht. Des Weiteren verweist ES z.B. auf die Appelle sämtlicher internationaler Referenten bei der Tagung Ästuar 21, die ausdrücklich einen intensiven und frühzeitigen Partizipationsprozess zur WRRL empfehlen. KW bestätigt dies und verweist auf ihre Erfahrungen aus Holland, die dies ebenfalls nahe legen.

ES erkundigt sich nach dem Stand des in Auftrag gegebenen Konzeptes zur Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der von der BSU geplanten Beteiligung zu Maßnahmen zur strukturellen Aufwertung von Gewässern (die noch nicht im Detail geplant oder verortet sind).

Antwort der Behördenvertreter:

- Ein Konzeptvorschlag zur Beteiligung der Öffentlichkeit seitens der Fachabteilung ist fertig und liegt bei der Pressestelle, über die die Beteiligung in Abstimmung mit der Abteilung Gewässerschutz laufen wird; die Fachabteilung wird sich für diese Aufgabe externe Unterstützung holen (in der Abteilung Gewässerschutz gibt es keine entsprechend ausgebildeten oder mit Kapazitäten ausgewiesenen Mitarbeiter)
=> auf die Nachfrage bekräftigen die Vertreter der BSU, dass sie die Beteiligung nicht ohne die Pressestelle machen können, sondern diese einbinden müssen
=> auf die Nachfrage, welche Ausrichtung das Konzept hat ('Verkaufen von Maßnahmen' als Öffentlichkeitsarbeit oder tatsächlich die Einbindung des geeigneten Bürgers) bekräftigen die Vertreter der BSU, dass die Entwicklung von Gewässerabschnitten mit Anwohnern, Betroffenen, Grundstückseigentümern und allen, die Nutzungsrechte haben angegangen werden soll
=> auf die Nachfrage, wann das Konzept einzusehen ist, wurde auf Anfang Dezember nach der Abstimmung zwischen Pressestelle und Abteilung Gewässerschutz verwiesen
- ähnlich den Gewässerführungen 2009 soll es weiterhin Führungen, bzw. Begehungen geben, wo alle Akteure in die Ausführungsplanung eingebunden werden; zusätzlich soll es ein Faltblatt geben, wo auch konkrete Defizite/Probleme von Wasserkörpern auf Karten eingezeichnet und erläutert werden - Interessierte können sich daraufhin vor Ort ein Bild machen; Infotafeln an den auf der Karte eingezeichneten Orten sollen zusätzliche

Informationen bereit stellen, auf deren Basis dann Rückmeldungen an die Bezirke oder Behörden geschickt werden können

- bis 2011 sollen interessante Maßnahmen für die Pavillons des Themenbereichs Wasser für die "Green Capital" Ausstellung aufbereitet werden; eine gläserne Wassergütestelle mit Public Viewing soll an den Landungsbrücken geschaffen werden
- zur Stellungnahme der VAGWRRL wird es auf Ebene der FGG Elbe eine Kommentierung jeder Einzelforderung geben, die online einsehbar sein wird
=> auf Nachfrage wird Ende Dezember als Termin hierfür angegeben
=> auf Nachfrage von ES erklärt sich HR bereit in ihrem turnusmäßigen Gespräch Ende November schon erste Infos zum BWP heraus zu geben (z.B. wie die Rückmeldungen der anderen Ministerien sind)

➤ Festlegung der Bewirtschaftungsziele / erheblich veränderte Gewässer

ES verweist auf die im Rahmen der Stellungnahme zum wiederholten Mal geäußerte Kritik am Ausweisungsprozess für erheblich veränderte Wasserkörper (HMWB) in Hamburg. Im Entwurf des BWP war die Einstufung vorläufig. Hat sich die Einstufung geändert, bzw. wurden Anregungen aus der Stellungnahme übernommen?

- Die Behördenvertreter informieren, dass die Ausweisung aller Wasserkörper als HMWB in Hamburg Bestand hat und verbinden dies mit dem Hinweis, dass die Ausweisung in jedem BWP neu begründet werden muss (Nutzungen können wegfallen und damit die Einschränkung)

➤ Unzureichende Defizitanalyse

ES weist auf die im Entwurf des BWP fehlenden Defizite hin - vor allem den hydraulischen Stress sowie den Sandeintrag in die Gewässer.

- Die Behördenvertreter bestätigen, dass diese Defizite in den BWP aufgenommen werden.

➤ Verschlechterungsverbot

ES fragt nach, ob die Einstellung vom April Bestand hat, dass eine Verschlechterung innerhalb einer Zustandsklasse unter das Verschlechterungsverbot falle. Außerdem fordert ES die Aufnahme dieser Festlegung in den BWP und dass sichergestellt werden müsse, dass das Verschlechterungsverbot bei Planungen berücksichtigt wird.

HB stellt ein Beispiel von von der Hochbahn verrohrten Gräben im Bezirk Wandsbek vor, wo Grabenbiotope durch die Verrohrung von Gräben zerstört wurden.

Antworten der Behördenvertreter:

- eine Verschlechterung innerhalb einer Zustandsklasse wird von der BSU für Hamburg als Verschlechterung gewertet und entsprechend gehandhabt
- die Beachtung des Verschlechterungsverbotes wird durch die BSU gewährleistet; eine schärfere Formulierung wird jedoch nicht in den BWP aufgenommen - dies wird auch von juristischer Seite nicht empfohlen

- gerade bei Bebauungsplänen achtet die BSU auf die Einhaltung des Verschlechterungsverbot
- in Bezug auf verrohrte Gräben in Wandsbek: eine Einflussnahme auf Bezirksebene durch die Behörde ist schwierig - die Behördenvertreter erklärten sich jedoch bereit mit dem Bezirk zu reden; eine Verrohrung von Gräben bedeutet durchaus eine Verschlechterung und wird heutzutage auch unter Kostengesichtspunkten nicht mehr angestrebt
- Expertenrunde zum Monitoring
ES wiederholt die Anregung der VAGWRRRL für eine Expertenrunde zum Monitoring, um ggf. das Monitoringprogramm eher auf den städtischen Raum anzupassen
- die Behördenvertreter sind offen für diesen Vorschlag - allerdings erst Anfang 2010, wenn der BWP verabschiedet ist (Zeitfrage)

TOP 3 Stand der Maßnahmenplanung

- Machbarkeitsstudie Anbindung Alster an die Elbe
Im April hatten die Behördenvertreter die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Anbindung der Alster an die Elbe angekündigt. ES erkundigt sich nach dem Stand der Studie.
 - Am 15.10. wird der LSBG den Sachstand vorstellen. Bis Ende 2009 soll die Festlegung getroffen werden, welche Lösung/Variante man 2010 verfolgen wird. Nach wie vor steht das Ziel, im Jahr der "Green Capital" 2011 die Anbindung Alster-Elbe zu gewährleisten.
- Durchgängigkeit Ammersbek/Alster
ES hakt nach, ob es Neuigkeiten bezüglich der Planungen an der Ammersbek gibt (HR hatte Ende August telefonisch detailliert Auskunft gegeben - siehe Protokoll der Sitzung vom 02.09.2009).
 - Die Behördenvertreter verweisen auf ein Konzept, welches vom LSBG erstellt werden soll und was die Durchgängigkeit an den Querbauwerken bearbeitet.
- Durchgängigkeit Bille/Elbe
Sowohl am Reinbeker Mühlenteich/-wehr als auch am Serrahnwehr sind Planungen zur Durchgängigkeit in Arbeit. ES hakt nach, ob es nähere Informationen zum Fortschritt auf Hamburger Seite oder zur länderübergreifenden Zusammenarbeit gibt?
 - die Behördenvertreter verweisen auf Frau Schäfermeyer-Gomm, die als Bille-Koordinatorin die Durchgängigkeit des Serrahns intensiv voran treiben würde (die Umsetzung ist jedoch äußerst schwierig, da die Standsicherheit des Serrahnwehrs Probleme bereitet)
- Maßnahmenplanung von BWS und planula an Vorranggewässern
Die Planungen von BWS und planula für die Hamburger Vorranggewässer sollten Ende Juli 2009 abgeschlossen sein. ES erkundigt sich nach dem Stand.
 - schriftliche Entwürfe zu den Planungen wurden mit großem Verzug abgeliefert - diese werden jetzt geprüft

TOP 4 RISA - RegenInfraStrukturAnpassung

➤ Hintergrundinformationen/Ziele

Ein Protokoll der Kick-off-Veranstaltung von RISA wurde der VAGWRRL von WM zur Verfügung gestellt. Auf Nachfrage erläutert WM Ziele und Hintergründe des Projektes:

○ Hintergrund:

Die Starkniederschläge werden in den nächsten Jahren zunehmen und in Hamburg werden zurzeit ca. 300 Hektar pro Jahr versiegelt => die dadurch zeitweise auftretenden, großen Wassermengen würden das Sielsystem überlasten und können nur teilweise durch eine Erhöhung der Speicherkapazitäten aufgefangen werden (dies wäre aber äußerst kostspielig und würde Fläche in erheblichem Ausmaß beanspruchen).

Die in den letzten Jahren gebauten Auffangbecken haben eine Kapazität von 75 000 m³. Dem stehen bis zum Ende des Jahrhunderts fast 3 000 000 m³ auf Bedarfsseite gegenüber. Die Abdeckung der Lücke mit dem Bau weiterer Auffangbecken ist in Hinblick auf Kosten und Aufwand nicht vertretbar. Es wird daher u.a. geplant, Vorfluterbereiche unter dem Gesichtspunkt der Eignung für eine Herrichtung/ Ausweisung als Überschwemmungszonen zu überprüfen.

○ Ziele/Inhalte:

Ein "Strukturplan Regenwasser" soll für Hamburg bis 2012 entwickelt werden (=> nachhaltiges Regenwassermanagement für Hamburg)

=> Niederschlagsmengen, die von versiegelten Flächen ins Sielsystem gelangen, sollen reduziert werden

=> zur gesplitteten Abwassergebühr gibt es einen Prüfauftrag (Drucksache) - allerdings gibt es noch Vorbehalte dagegen, z.B. von der Schulbehörde (Anm. WM: Die Drs. wird aller Voraussicht nach am 24.11. im Senat beschlossen)

=> Versickerungskarten werden erstellt, um die dezentrale Versickerung zu unterstützen. Bebauungspläne sollen zukünftig die Vorgabe enthalten, dass der Abfluss bei Neubaugebieten nur um maximal 10% erhöht werden darf.

○ Anmerkungen/Sonstiges:

Es kann passieren, dass die Fortschritte, die mit dem "Strukturplan Regenwasser" erreicht werden, durch höhere Niederschläge wieder ausgeglichen werden.

KB hakt nach - werden Verbände einbezogen? Warum nicht?

WM erklärt, dass die Verbände zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingebunden werden und dies auch noch nicht geplant sei. Im ersten Schritt soll ein Arbeitsstand erreicht werden, mit dem man nach außen treten kann. Eine Einbindung wird aber stattfinden und jegliche Rückmeldungen können per Mail an ihn als Projektleiter geschickt werden.

TOP 5 Verschiedenes

- Zugriff von Vertretern der Verbände auf die Datenbank der BSU
Noch ist kein Zugriff möglich. ES erkundigt sich nach dem Stand.

=> Ziel ist es, Ende des Jahres den Zugriff zu ermöglichen. Es gab verschiedenste Probleme, die eine frühere Bereitstellung des Zugriffs verhindert haben.

- ES fordert eine verstärkte Förderung der Verbandstätigkeiten und Aktionen von Ehrenamtlichen (z.B. Bachpatenbetreuung)
=> WM verweist auf den Kiestopf, der zum WRRL-Titel gehört. Alles, was den Zustand der Gewässer verbessert, soll darüber finanziert werden.
KB merkt an, dass der politische Trend in Richtung Förderung der Eigeninitiative der Bürger geht. Warum werden auf Bezirksebene keine Kooperation mit den Verbänden entwickelt/angeregt (z.B. Übernahme der Bachpatenbetreuung durch die Verbände in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft der Bezirke), wenn Geld aus den Töpfen vorhanden ist?
=> der Vorschlag wird von den Behördenvertretern für die monatliche WRRL-Runde mit den Bezirken aufgenommen
- Aufteilung der Verantwortlichkeiten in der Wasserwirtschaft
Die Behördenvertreter merken an, dass die Abteilungen der Wasserwirtschaft in den Bezirken häufig in Konkurrenz zu den Stadtplanern stehen. Da die Verantwortung für die meisten Wasserkörper im Zuge der Verwaltungsreform auf die Bezirke übertragen wurde und fachliche Weisungen / Leitlinien von der Behörde politisch nicht gewollt sind, handelt jetzt jeder Bezirk, wie er es für richtig halte. Damit sei die Lage komplizierter und schwieriger als vor der Verwaltungsreform.
- Abstimmung bezüglich weiterer Gesprächsrunden von BSU und VAGWRRL
Verbände- und Behördenvertreter sind sich einig, dass die Gespräche fortgeführt werden sollen - geplant werden zwei Termine pro Jahr. Erster Termin im Jahr 2010 wird für April vorgesehen, wird jedoch erst 2010 näher besprochen.

{Verabschiedung von Herrn Meier und Herrn Ramers.}

TOP 6 Nachbesprechung

KB merkt an, dass die Zerschlagung der Umweltbehörde offensichtliche negative Effekte hat. Z.B. werden Weisungen von oben erteilt, wie mit bestimmten Themen/Problemen verfahren werden soll (auch gegen fachliche Vorgaben - politisch motiviert!) und viele Dinge werden auf Behördenebene nicht mehr ausreichend koordiniert.

FZ berichtet, dass 100 Millionen Euro bei den Bezirken gespart werden sollen - das entspricht quasi einem der sieben Bezirksämter. Die Priorität der Bauplanung ist dadurch bedingt, dass sie traditionell wichtig ist, da es um viel Geld geht.

HB bestätigt, dass viele Probleme mit der Verwaltungsreform zusammen hängen. Erst auf inoffiziell Wege wurde bekannt, dass ein vorläufiger Bebauungsbescheid in einem NSG erteilt wurde, ohne Beteiligung des Naturschutzamtes oder der Verbände. Es wird zum Teil taktisch

vorgegangen, um Ausschüssen Informationen vorzuenthalten und Entscheidungen entsprechend zu manipulieren.

Anregung für einen TOP auf einer der nächsten Sitzungen von KB: übergreifender Workshop zum Austausch zwischen den Aktiven an den Gewässern.

- nächster Sitzungstermin: Mi. 25.11.2009, 18:30 Uhr (HB)
Für Termine im Jahr 2010 wird der Donnerstag als regelmäßiger Termin angestrebt.